

**Redebeitrag
des Vorsitzenden der
SPD-Landtagsfraktion,
Markus Rinderspacher, MdL**

in der Aussprache

zur Regierungserklärung
von Ministerpräsident Seehofer

am 25. Januar 2011

im Bayerischen Landtag

Bayerns Frauen und Männer haben Bayern zu dem gemacht, was es heute ist. Ein wunderbares und ein starkes Land. Ein wunderschönes Fleckchen Erde. Unsere Heimat lebt vom starken Charakter und vom unbändigen Fleiß ihrer Menschen.

Der Ministerpräsident hat heute die Stärken der Menschen in Bayern richtig beschrieben. Wertebewusstsein, Verantwortungsbereitschaft, Ideenreichtum – all das ist in Bayern daheim. Und ich füge hinzu. Die Menschen in Bayern sind auch bodenständig. Sie packen an. Sie lieben ihr Land. Sie nehmen ihr Leben in die Hand.

Und weil das so ist, erwarten sie von der Politik vor allem eines: nämlich Authentizität. Dazu gehört, den Grundoptimismus der Menschen aufzugreifen. Dazu gehört aber auch, die tatsächlichen Probleme im Land ernsthaft zu erörtern und konkrete Lösungen aufzuzeigen.

Ich weiss nicht, wer Ihnen Ihre Rede geschrieben hat. Die Hochglanzbroschüre ihres Redemanuskripts erinnerte mich stellenweise an die blutleere Schicki-Micki-Rhetorik von Düsseldorfer Unternehmensberatern und Werbefuzzis. Wohl selten hat es im Bayerischen Landtag eine so selbstzufriedene und selbstvergessene Regierungserklärung gegeben, die mit der Realität so wenig in Einklang zu bringen ist wie die heutige von Herrn Seehofer.

Und wenn die Menschen in Bayern mit ihrer Bodenständigkeit für eines ganz gewiss ein sehr feines Gespür haben: Dann dafür, dass man mit der Überheblichkeit aus dem Fantasia-land und der selbstgefälligen Phraseologie eines Marketingskatalogs sicher nicht glaubwürdig die komplexen politischen Probleme unserer Zeit aufzeigen, geschweige denn lösen kann.

„Ausgeglichener“ Haushalt

Ihre Rede beginnt einer dreisten Unwahrheit! Sie behaupten wider besseren Wissens, Bayern würde zum sechsten und siebten Mal in Folge ohne neue Schulden auskommen.

Richtig ist: Durch das CSU-Versagen bei der Landesbankaufsicht ist die Verschuldung des Freistaates schlagartig um 40 Prozent angestiegen.

Richtig ist: Insgesamt mussten 10 Mrd neue Kreditmarktschulden aufgenommen werden müssen, um einen Zusammenbruch der BayernLB zu verhindern. 833 Euro neue Verbindlichkeiten waren das für jeden Bayern. Pro Kopf. Auf einen Schlag. Vom Kleinkind bis zum Senior.

Allein im Jahr 2009 hat Bayern sagehafte 8,5 Mrd Euro neue Schulden aufnehmen müssen – alleine in diesem Jahr ein Drittel der Schulden aller Bundesländer! Ein Schuldenrekord ohne Beispiel.

Damit ist rein rechnerisch in jedem Haushaltsjahr von 2006 bis 2012 eine Neuverschuldung von 1,42 Mrd Euro erfolgt. Glauben Sie denn im Ernst, die bayerische Bevölkerung hat das Jahrhundertdesaster um die Landesbank bereits vergessen und lässt sich heute von Ihnen hier etwas anderes vorgaukeln?

Die Menschen haben den Aufbruch von 2007 nicht vergessen, den die CSU organisiert hat: Mit niegelagerten Staatsstraßen, mit einem kostenfreien Kindergartenjahr, mit 1.000 Euro Begrüßungsgeld für fährerscheintaugliche Jugendliche, mit einem neue Fußballstadion und einem modernisierten Flughafen. Der Aufbruch im Bundesland Kärnten! Bezahlt mit bayerischen Steuergeldern!

Schuldenuhr

Die SPD-Fraktion hat gestern die Schuldzins-Uhr zur Landesbank veröffentlicht.

Bislang mussten die Steuerzahler in Bayern satte 390.000.000 Euro nur an Schuldzinsen für das von der CSU zu verantwortende Landesbankdesaster aufbringen.

Alleine von diesen Zinsen hätten wir in Bayern finanzieren können:

- 250 Kilometer neue Staatsstraßen
- Das fast 20-fache des sogenannten Frostscha-den-Sonderprogramms des Innenministers
- Mehr als 11.000 Kleintraktoren zum Räumen und Streuen von Geh- und Radwegen, für jede bayerische Gemeinde wären das jeweils 5 neue hochmoderne Schneeräumer.
- 6.500 neue Lehrerstellen
- Fast 1.000 neue Schulbusse (380 Tsd)
- Mehr als 750.000 Kindern ein komplettes Jahr die Musikschule bezahlen können (540 Euro)
- 4,8 Mio Tonnen Streusalz, in der Landeshauptstadt München könnten wir damit bei 1,4 Mio Einwohnern und einem mit Salz gestreuten Straßennetz von insgesamt 770 Kilometern 420 schneereiche Winter damit bestreiten, also bis zum Star Wars Jahr 2.431.

Bittere Zahlen. Am Tag zahlt der bayerische Steuerzahler 940.000 Euro nur an Zinsen für das Landesbankdesaster. Am Tag! Und die CSU-Schuldenuhr tickt jede Sekunde weiter.

Sie wollen zumindest rhetorisch in die Zukunft aufbrechen, politisch tun sie es ganz gewiss nicht - und mit der Vergangenheit nichts mehr zu tun haben. Das ist psychologisch verständlich. Aber die Schatten der Vergangenheit holen Sie ein, Sekunde für Sekunde, Minute für Minute, Stunde um Stunde – solange, wie kein Tilgungsplan für die Landesbankschulden existiert und die Zinsuhr unaufhörlich in rasantem Tempo tickt. Wir Steuerzahler wollen endlich wissen, wann wir unser Geld von der Landesbank zurückerwarten dürfen.

Im Gegenteil: Der Oberste Bayerische Rechnungshof hat in seinem Bericht vom Dezember 2010 deutlich gemacht. Es gibt erhebliche Milliardenrisiken für den Steuerzahler durch den massenhaften Ausfall von Schrottpapieren. Das Ende der Fahnenstange ist bei der Verschuldung der Landesbank noch nicht erreicht. 2014 droht der Steuerzahler über die Bürgschaften und Garantien in Anspruch

genommen zu werden. In einem Maße, wie es der bayerischen Öffentlichkeit bislang verschwiegen wurde.

Die SPD-Fraktion hat deshalb eine Ministerbefragung beantragt. Herr Fahrenschon, Sie werden uns später beantworten dürfen. Was kommt auf uns Steuerzahler noch zu? Was ist denn dran an dem ORH-Bericht? Warum haben Sie uns im Landtag nicht über die neu erkennbaren Milliardenrisiken informiert?

Sie legen in Ihrer Regierungserklärung nicht etwa dar, wie Sie Vorsorge leisten, falls neue Landesbank-Ausfälle auf uns zukommen, wie der ORH befürchtet. Rückstellungen werden keine gebildet, im Gegenteil: Die letzten Rücklagen werden von CSU und FDP mit einer Selbstverständlichkeit geplündert, dass es einem die Sprache verschlägt.

Kreditaufnahme beim eigenen Grundstock

Einen ausgeglichenen Haushalt gibt es auch diesmal nicht. Auch den Doppelhaushalt 2011/2012 können Sie nicht ohne neue Kredite ausgleichen. Vielmehr nehmen Sie Kredit auf beim eigenen Grundstockvermögen. Die sogenannte rückzahlbare Ablieferung beim Grundstock beträgt insgesamt 960,1 Mio Euro! In diesem Zusammenhang von einem ausgeglichenen Haushalt zu sprechen, das kann wirklich nur ein Rechenkünstler der ganz besonderen Art behaupten

Versorgungsfonds

Man muss kein großer Mathematiker sein, um zu erkennen: Das, was Sie sich woanders als Kredit nicht organisieren können, das holen Sie sich von den künftigen Generationen.

Nur ein Beispiel: Der Versorgungsfonds für Beamte wird in den Jahren 2011 und 2012 nicht bedient, d.h. die Vorsorge für die Pensionen unserer Staatsdiener bleibt auf der Strecke.

Beschlossen ist das Einfrieren der Zuführungen. Die finanziellen Folgen werden in spätere Haushalte verlegt.

Das ist das Gegenteil von Generationengerechtigkeit.

Die Zeche müssen unsere Kinder und Kindeskiner bezahlen.

Schwarz-gelbe Steuerpolitik im Bund

Im Übrigen: Wir hätten uns einen tatsächlichen Aufbruch gewünscht. Er wäre unter anderen Umständen mit einer anderen Regierung auch seriös machbar gewesen. Aber CSU und FDP haben es verweigert. Nicht nur bei der Landesbank.

Schwarz-gelb hat die Haushaltsspielräume in Bayern gleich mehrfach verknappt, mit einer unverantwortlichen Steuerpolitik im Bund zugunsten einiger weniger, auf Kosten der breiten Mehrheit.

Herr Westerwelle und Herr Seehofer hatten versprochen „mehr Netto vom Brutto für alle“, heraus kamen Mehrbelastungen für die Mehrheit u.a. durch die

Kopfpauschale, dafür aber einige sündhaft teure Steuergeschenke für die Hotellerie, für superreiche Erben und gewinnstarke Finanzriesen.

Allein das von CDU/CSU und FDP verabschiedete Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat das Wachstum der Bürokratie und der Verschuldung weiter beschleunigt. Es führt im Freistaat und den bayerischen Städten und Gemeinden zu einem Steuerminus im Doppelhaushalt von ca. 840 Mio Euro.

Anders gesprochen: Auf die gewaltigen Kürzungen des Doppelhaushalts in Höhe von 911 Mio Euro in allen Bereichen von Jugend und Soziales, über Umwelt, Städtebauförderung hätte man fast vollständig verzichten können, wenn nicht CSU und FDP ihre unverantwortliche Klientel-Politik betrieben hätten.

Rücklagen und Investitionsquote

Sie wollten mit Ihrer Rede den Eindruck erwecken, es gäbe zusätzliche Investitionen. Aber das Gegenteil ist richtig:

Die Investitionen gehen um mehr als 1,1 Mrd Euro zurück. Die Investitionsquote im Haushalt steigt nicht etwa, sondern sie fällt – und zwar nicht nur um ein paar Pünktchen, sondern massiv! Von 13,8% auf 10,8. Ich frage mich, wo Sie da das Kraftpaket ausmachen.

Tafelsilber

Sie finanzieren damit nicht etwa neue zusätzliche Investitionen, besondere Zukunftsaufgaben, sondern sie zweckentfremden die Rücklagen für laufende Ausgaben. Sie gehen ran an Omas Sparstrumpf wie kein Zweiter. Aber nicht etwa, damit etwas Bleibendes zu schaffen. Ne schöne Uhr für den Enkel zur Konfirmation. Nein, sie machen damit lediglich den Kühlschrank voll, weil sonst Schmalhans Küchenmeister wäre in Ihrem Haushalt, was ohnehin in vielen Bereichen der Fall ist.

Und wir wissen doch auch aus der Vergangenheit, dass die Vielzahl der Aufbrüche der Staatsregierung unter dem Strich ein Minusgeschäft waren.

Privatisierungspolitik

Der Freistaat Bayern hat seit 1992 insgesamt 49 staatseigene Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen privatisiert, immer nur mit dem einen Vorwand. Aufbruch hier, Aufbruch da. Diese Verkäufe von 49 Unternehmen haben dem Freistaat insgesamt 7,3 Mrd Euro gebracht – das ist unter dem Strich noch nicht mal ein Bruchteil dessen, was Sie beim Landesbankdesaster an bayerischem Volksvermögen vernichtet haben.

7,3 Mrd, darunter waren so stolze Unternehmen wie die Bayernwerke, Bayerngas, die Bayerische Versicherungskammer, die Beteiligung an der DASA, Deutsche Aerospace, die Staatl. Molkerei Weihenstephan. Das Ergebnis von 19 Jahren Privatisierungspolitik – gegengerechnet mit dem Landesbankdesaster –

ein fatales Minusgeschäft, das deutlich macht: Diese CSU kann nicht mit Geld umgehen.

Keine Schwerpunkte

Schauen wir uns dieses Dokument genauer an. In vielen Bereichen täuschen Sie Aktivität vor. Falsch ist auch, dass Sie sich auf drei Schwerpunkte konzentrieren würden. Das Programm hat keinen roten Faden, zwischen den Zeilen stehen allenfalls rote Zahlen.

Das Sonderprogramm, das keines ist, bedient mit der Gießkanne alle Ressorts, nur die Landwirtschaft kommt überraschend ein bisschen kurz. Herr Minister Brunner, Sie waren bei den Verhandlungen offenbar nicht laut genug.

Einige Beispiele für den Etikettenschwindel:

Schauen wir uns den Bereich „Familie“ an.

Wohnraumförderung

Ihr Aufbruch erweckt den Eindruck, dass die Wohnraumförderung 2011 und 2012 um jeweils 5 Mio Euro erhöht wird. Richtig ist: 2012 gibt's 12,2 Mio Euro weniger als noch 2008. Die Mittel werden systematisch zurückgefahren. Das ist kein Aufbruch, das ist ein Abbruch!

Städtebauförderung

Bei der Städtebauförderung wollen Sie den Anschein erwecken, es gäbe 4 Mio zusätzliche Mittel. Richtig ist: Die Mittel gehen von 76,6 Mio in 2010 auf 61,2 Mio in 2012 zurück. Das heisst, CSU und FDP haben nicht nur im Bund das Streichkonzert bei der Städtebauförderung zu verantworten, mit Herrn Dr. Ramsauer an der Spitze, sondern auch in Bayern. Abbruch statt Aufbruch!

Besonders dramatisch ist der Kahlschlag beim Projekt „soziale Stadt“. Er schlägt voll durch auf die Arbeit in Stadtteilen und Wohnbezirken, in denen Integrationsprobleme bestehen.

Qualifizierung vor Einwanderung

Im übrigen, Herr Ministerpräsident, nach Ihren Einlassungen zur Integration im vergangenen Jahr – Qualifizierung vor Einwanderung – hatten wir ein eigenes Fortbildungs- und Qualifizierungsprogramm der Staatsregierung erwartet, haben CSU und FDP im Bund diese Programme doch dramatisch zusammengestrichen.

Sie betonen in jeder Pressekonferenz die Notwendigkeit. Warum setzen Sie hier keinen arbeitsmarktpolitischen Umpuls zur Qualifizierung von Arbeitslosen und Arbeitnehmern in Bayern. Warum bleiben Ihre Einlassungen völlig ergebnis- und konsequenzlos, Herr MP?

Länderfinanzausgleich

Ein besonders gutes Beispiel für die Ergebnislosigkeit von Ankündigungen haben Sie heute selbst angesprochen. Seit Jahr und Tag beklagen Sie sich über den Länderfinanzausgleich. Dabei hat niemand als die CSU uns dieses sündhaft teure Konstrukt für Bayern eingebracht.

Die CSU hat sowohl den Solidarpakt I im Jahr 1993 beschlossen und die CSU hat auch den Solidarpakt II und damit den aktuellen Finanzausgleich im Jahr 2001 mit Wirkung bis zu Jahr 2019 beschlossen. Sie beklagen sich über Ihre eigenen Beschlüsse.

Herr MP, ich fordere Sie auf. Werden Sie endlich seriös tätig. Legen Sie endlich ein Reformmodell für den bundesstaatlichen Finanzausgleich mit konkreten Zielen, Ausgleichsmechanismen und konkreten Modellrechnungen vor. Nur Stimmung zu machen im Bierzelt, ist zu wenig.

Kinderbetreuung und Krippenausbau

Und wie das mit der linken und der rechten Tasche geht, das zeigen Sie uns bei der Kinderbetreuung und beim Krippenausbau. Angeblich 50 Mio mehr für den Krippenausbau im Aufbruch, im Einzelplan 13 (1330 TG76) streichen Sie jedoch 25 Mio. Das ist ein Etikettenschwindel.

Es stellt sich die Frage, wieso laufende Ausgaben und Anpassungen an den tatsächlichen Bedarf in ein einmaliges Sonderinvestitionsprogramm gegossen werden.

Bei der Kinderbetreuung und beim Krippenausbau nehmen Sie mit dem Mitteleinsatz eine längst überfällige und versprochene Anpassung an die Betriebskostensteigerungen bei den Kommunen vor.

Aber dennoch: Bayern bleibt in der öffentlichen Kinderbetreuung im Bundesländerranking ganz weit hinten.

Lehrer

Ähnlich sieht es auch bei den Lehrern aus. Die Personalsteigerungen im Haushalt werden gefeiert, dabei kommt in den Schulen bei den Schülern nicht viel an. Knapp die Hälfte der Mehrausgaben beim Personal geht an die Pensionäre, das sind Steigerungen durch Beihilfen und Versorgung.

Wie wollen Sie denn den Menschen draußen im Land erzählen, dass Sie mit der Bedienung höherer Pensionslasten für die Lehrer im Ruhestand die Situation an den bayerischen Schulen verbessern, Herr Spaenle?

1.320 Lehrerstellen braucht Herr Spaenle, um die Rückführung der Arbeitszeit zu kompensieren. Das ist also nicht etwa zusätzliche Förderung für die Kinder, sondern diese Lehrerstunden kompensieren ausschließlich die Arbeitszeitverkürzung.

Wer glaubt, wir hätten damit kleinere Klassen oder weniger Unterrichtsausfall, der wird sich in den nächsten Jahren mit einer harten Realität konfrontiert sehen. Das ist eben nichts anderes als ein Luftschloss.

Besonders interessant wird Ihre Liste unter der Überschrift

„Investitionen“.

Seit Jahren fordert die SPD, Mittel für die **Breitbandförderung** bereitzustellen. Erwin Huber wollte es zu Beginn gar nicht, das sei keine staatliche Aufgabe.

Sein Nachfolger Zeil sagt: Okay, wir machen was. Und organisiert ein so bürokratisches Monstrum, dass die bereitgestellten Gelder von den Kommunen gar nicht vollständig abgerufen werden. Die Reste vom Feste, die aus 2009 und 2010 noch übrig geblieben sind, kommen jetzt in den Aufbruch wie in einen Eintopf zur Resteverwertung, was als große Errungenschaft verkauft wird.

Beispiel Straßeninfrastruktur Ländlicher Raum

Der „Aufbruch“ verspricht 25 Mio für 2011 mehr. Tatsächlich stehen jedoch deutlich weniger Mittel bereit. 43 Mio Euro weniger in 2011 und im Folgejahr fast 80 Mio Euro weniger. Meine Damen und Herren, der einzige Aufbruch, den wir hier erkennen können, ist der massenhafte Aufbruch der Straßendecke. Ihre Politik ist ein Konjunkturprogramm für Schlaglöcher!

Staatlicher Hochbau

Und wozu das führt, wenn man alles, was man politisch gerade in der Pipeline hat, in ein Sondermarketingprogramm gießt, sehen wir beim Staatlichen Hochbau.

Man ist doch wirklich verblüfft, mit welchen Maßnahmen „der Spitzenstandort für das nachhaltige und qualitative Wachstum von morgen“ gesichert werden soll.

Zur Wachstumsstrategie gehört da auch der Neubau der Justizvollzugsanstalt Gablingen. Wenn das mal keine Steilvorlage für die Kabarettisten in Bayern ist. Schwedische Gardinen als zentrales Element der Wachstums- und Zukunftsstrategie der CSU.

Nachhaltiges und qualitatives Wachstum hinter Gittern produziert die CSU auch im Strafjustizzentrum München und bei der JVA Straubing.

Fazit:

Fehlende Vision

Der Ministerpräsident hat heute eine Regierungserklärung aus dem schönsten politischen Tagesgeschäft gehalten. Sie glich dem Quartalsbericht eines Investmentbankers gespickt mit grellen Marketingbotschaften. Aber mit Jubelrhetorik allein organisiert man keinen Aufbruch.

Unabhängig davon, dass in diesem Päckchen nicht viel drin ist – und die Schuldscheine dafür in ein paar Jahren an die nächste Generation weitergereicht werden – haben Sie keinen gesellschaftspolitischen Leitgedanken aufgezeigt, Herr MP, wohin Sie mit dem Freistaat Bayern wollen.

Da haben Sie schon ein 22köpfiges Beratergremium, den Zukunftsrat, der sie in wichtigen Fragen beraten soll. Und heute präsentieren Sie einen Schlagwortekatalog ohne jeden inneren Zusammenhang.

Uns hätte eigentlich interessiert: Wie steht Bayern im Jahr 2030 da? Wie werden wir angesichts der demographischen Entwicklung und der alternden Gesellschaft das Miteinander der Generationen definieren und organisieren?

Wie bewahren wir den Wohlstand, den sich die Menschen in unserer Heimat hart erarbeitet haben?

Wie sieht die Arbeitsgesellschaft in Bayern in 15 oder 20 Jahren aus? Wie entwickeln wir jene bayerische Schlüsselindustrien weiter, die sich in den nächsten Jahrzehnten einem dramatischen Wandel unterziehen? Wie begleiten wir das politisch?

Ist es das Ziel der Staatsregierung, die Schere zwischen Arm und Reich wieder zu schließen, die zunehmend auseinanderklafft? Kein Wort von Ihnen dazu heute. Oder haben Sie sich mit dieser Entwicklung bereits abgefunden. Passt Sie womöglich ins politische Konzept?

Gibt sich der MP damit zufrieden, dass 11% der Menschen in unserer Heimat unterhalb der Armutsgrenze leben?

Wie entwickeln wir den ländlichen Raum im Freistaat weiter, von dem auch der frühere CSU-Landtagsabgeordnete und Handwerkspräsident Heinrich Traublinger gesagt hat, die Staatsregierung würde die Regionen stiefmütterlich behandeln?

Wie gehen wir damit um, dass sich manche Landstriche in Bayern in den nächsten 2 Jahrzehnten dramatisch entvölkern? Manche Metropolen wie München aber geradezu aus allen Nähten platzen?

Ist die Staatsregierung wie wir der Auffassung, dass zu einem Dorf mit Lebensqualität neben der Kirche und dem Wirtshaus auch eine eigene Schule gehört? Oder wird unter Ihrer Führung das Schulsterben in Bayern weitergehen? 700 tote Schulstandorte in 10 Jahren? Verweigert die CSU weiter die Diskussion, wie mit neuen innovativen Schulformen die Schule im Dorf belassen werden kann?

Was tun wir gegen die eklatanten Bildungsungerechtigkeiten in Bayern, dass ein Arbeiterkind eine vierfach geringere Chance hat, das Abitur zu machen wie ein Akademikerkind?

Stattdessen ein Schlagwortekatalog von Boston Consultings, aber das macht noch kein Zukunftskonzept, Herr Ministerpräsident.

Fazit II

Der Aufbruch Bayern ist allenfalls ein politisches Kosmetikprodukt.

Man freut sich auf den heißen Flirt mit einer wunderschönen Frau – ergreift aber bei näherem Hinsehen besser die Flucht.

Denn auch aus der elegantesten Parfum-Flasche entwickelt sich kein erotischer Duft, wenn der Flacon inhaltsleer ist.

Die hässlichen Narben der Landesbank und die der schwarz-gelben Klientelgeschenke zulasten des Allgemeinwohls können auch von einer Puderquaste nicht verdeckt werden.

Und das ist mir wirklich ernst:

Politisches Marketing wird dann zu einem Beitrag zur Steigerung der Politikverdrossenheit, wenn sich am Ende das Gegenteil herausstellt, was behauptet wird. Kürzungen statt mehr Investitionen. Ein vorgeschalteter Abbruch vor einem Aufbruch, der in Wahrheit keiner ist. Und von den künftigen Generationen bezahlt werden soll.

Ehrlicher wäre es gewesen, den Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein einzuschenken, ihnen zu sagen, was möglich ist und was nicht. Und die Gründe dafür aufzuzeigen. Das allerdings hätte das Eingeständnis politischer Fehlsteuerung von schwarz-gelb vorausgesetzt.

Und dennoch habe ich im Aufbruch wenigstens ein kleines Stückchen Ehrlichkeit gefunden. Auf der Internetseite heißt es im Impressum zum Aufbruch:

„Es wird ... keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit, Vollständigkeit oder Qualität der Informationen übernommen.“

Ich sage: Dies gilt ausdrücklich auch für Ihre Regierungserklärung: Keine Gewähr für Aktualität, Richtigkeit, Vollständigkeit und Qualität.

Die Regierungserklärung war wie der sogenannte Aufbruch ein Blendwerk, ein Trugbild, ja ein großer Bluff.